



## Kartellrechtliche Entscheidung im Bereich der Industriepolitik

### *Untersagung von Zusammenschlüssen*

Die Europäische Kommission hat am 06.02.2019 zwei Entscheidungen veröffentlicht, die eine Untersagung von Zusammenschlüssen mit deutscher Beteiligung zur Folge haben. In beiden Fällen erwartete die Kommission im Falle eines Zusammenschlusses höhere Preise, geringere Auswahl und weniger Innovationen. Die angebotenen Abhilfemaßnahmen hatten die wettbewerbsrechtlichen Bedenken nicht ausräumen können.

#### **Siemens/Alstom**

Die Unternehmen Alstom und Siemens planten einen Zusammenschluss unter dem Dach von Siemens. Während die Kommission der Auffassung war, dass der Zusammenschluss der beiden großen europäischen Anbieter in verschiedenen Bereichen wie U-Bahnen oder einer Vielzahl von Zügen keine negativen Auswirkungen für den Wettbewerb haben würde, sah sie es für die Bereiche für Signalanlagen und Höchstgeschwindigkeitszüge anders. Hier nahm sie mögliche Beeinträchtigungen des Wettbewerbs an, die insbesondere negative Auswirkungen für (kleinere) Wettbewerber und den Steuerzahler haben könnten.

Ein Zusammenschluss hätte die ohnehin bereits hervorgehobene Position der beiden Unternehmen im Bereich der Eisenbahn- und U-Bahn-Signaltechnik sowie im Bereich der Höchstgeschwindigkeitszüge nach Auffassung der Kommission noch verstärkt. Laut Kommission hätte der von den verbleibenden Wettbewerbern ausgeübte Wettbewerbsdruck auf allen genannten Märkten nicht ausgereicht, um einen wirksamen Wettbewerb zu gewährleisten.

Eine besondere Beachtung erhielt der Aspekt eines möglichen zukünftigen Einflusses von chinesischen Unternehmen auf die Märkte. Dies war im Zuge der Verfahren und auch im Anschluss als ein Faktor für eine wohlwollende Betrachtung des Zusammenschlusses angeführt worden. Laut Kommission ist in beiden Märkten bisher jedoch kein erfolgreicher Vertragsabschluss bekannt und

nach Auffassung der Kommission auch nicht zu erwarten

#### **Wieland/Aurubis Products/Schwermetall**

#### **Rolled**

Die zweite Entscheidung betraf ebenfalls deutsche Unternehmen. Die Wieland Werke AG (Wieland), welche die Produktionskette für Kupferprodukte abdeckt, wollte die Walzproduktsparte der Aurubis AG (Aurubis) sowie das Gemeinschaftsunternehmen Schwermetall Halbzeugwerk GmbH & Co. KG (Schwermetall) – jeweils mit Sitz bzw. Produktionsstätten im nordrhein-westfälischen Stollberg – übernehmen. Während die Walzproduktsparte die Produktion und den Vertrieb von Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen betraf, produziert Schwermetall Vorwalzbänder aus Kupfer und Kupferlegierungen.

Die Übernahme wurde mit der Begründung untersagt, dass für die Märkte Walzprodukte, insb. Kupferwalzprodukte, und Vorwalzbänder Wettbewerbsbeeinträchtigungen zu erwarten seien. Bei den letztgenannten bezogen sich laut Kommission die von in der Mitteilung nicht namentlich benannten Industriekunden geäußerten Bedenken auf die vorgelagerten Märkte (insb. Zugang zu Vorwalzbändern von Schwermetall). Bei den Walzprodukten ging es um den nachgelagerten Markt (insb. befürchtete Preiserhöhungen). Die Kommission bestätigte derartige Bedenken und sah im Falle der Vorwalzbänder weitere Risiken wie z.B. des möglichen Zugangs von Wieland zu vertraulichen Informationen der Kunden bzw. Wettbewerber.

#### **Industriepolitik**

Die beiden Entscheidungen wurden verkündet, während die Industry Days 2019 am 05./06.02.2019 in Brüssel stattfanden. Sowohl Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, als auch die zuständige Kommissarin Margrethe Vestager griffen das Thema in ihren Reden zur Zukunft der Industrie auf. Auch in ihrem Statement zu den Entscheidungen befasst sich die

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Kommissarin mit der Verknüpfung von Wettbewerbs- und Industriepolitik und nennt explizit die Diskussion um „Europäische Champions“.

Nach Einschätzung der Kommissarin ist der Wettbewerb zwischen Unternehmen im Binnenmarkt eine Voraussetzung für dessen Erfolg auf den Weltmärkten. Sie verweist auf andere Faktoren, die einen Erfolg der europäischen Industrie im weltweiten Wettbewerb fördern. Dabei nennt sie den Abbau von Hindernissen im Binnenmarkt, die Förderung entsprechender Qualifikationen und der erforderlichen Infrastruktur (mit europäischen Programmen) und faire Bedingungen im weltweiten Wettbewerb. Sie möchte außerdem die Potentiale von privaten und öffentlichen Aktivitäten – z.B. im Rahmen von wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest, IPCEI, vgl. Wochenbericht Nr. 01-2019 vom 14.01.2019) – nutzen. Daneben nennt sie weitere Aspekte des Wettbewerbsrechts wie der Umgang mit den Herausforderungen im digitalen Zeitalter.

Eine Verknüpfung zwischen Wettbewerbs- und Industriepolitik und deren europäische Dimension wird auch auf Bundesebene geführt. Die beiden Entscheidungen wurden einen Tag nach der Vorstellung des Entwurfs einer „Nationalen Industriestrategie 2030“ des BMWi veröffentlicht. Diese Strategie deutet eine andere Auffassung als die Einschätzung der Kommission an und sieht das Scheitern von europäischen Zusammenschlüssen an nationalem oder europäischem (Wettbewerbs-)Recht als ein Nachteil im internationalen Wettbewerb. Sie greift dabei auch das Thema der „Europäischen Champions“ auf. Laut der Strategie soll es zudem zukünftig einen „Rat der Industrieminister“ geben, an dem alle unterschiedlichen Aspekte zusammengeführt, diskutiert und entschieden werden können.

Der Entwurf wird in den kommenden Wochen und Monaten mit den relevanten Akteuren (u.a. den Ländern) erörtert und soll nach dem Beschluss der abschließenden Fassung durch die Bundesregierung als Grundlage für

entsprechende Bemühungen auf europäischer Ebene dienen. Es ist davon auszugehen, dass die nächste Kommission sich mit der deutschen Strategie auseinandersetzen wird.

Weiterführende Informationen:

Erklärung von Kommissarin Vestager zu den beiden Entscheidungen:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-19-889\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-19-889_en.htm)

PM der KOM zur Untersagung von Siemens/Alstom:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-881\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-881_de.htm)

PM der KOM zur Untersagung von Wieland/Aurubis Rolled Products/Schwermetall:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-883\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-883_de.htm)

Industry Days 2019

[https://ec.europa.eu/info/policies/business-and-industry/eu-industry-days-2019\\_en](https://ec.europa.eu/info/policies/business-and-industry/eu-industry-days-2019_en)

Rede von Kommissionspräsident Juncker bei den Industry Days 2019:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-19-870\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-870_en.htm)

Rede von Kommissarin Vestager bei den Industry Days 2019:

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/vestager/announcements/industrial-strategy-all-europe\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/vestager/announcements/industrial-strategy-all-europe_en)

Nationale Industriestrategie 2030:

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemittellungen/2019/20190205-altmaier-stellt-nationale-industriestrategie-2030-vor.html>